

## NIEDERSCHRIFT

### über die 39. Beratung des Finanzausschusses am 30.05.2013

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:40 Uhr  
**Ende:** 22:10 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Herr Burkardt  
Herr Christall  
Frau Vogdt  
Frau Brüske-Dierker  
Herr Ehlert  
Herr Kuntzsch  
Herr Kleemann

#### **TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 30. Mai 2013**

Herr Warnick informiert vorab, dass die Verwaltung darum bittet, erst den Tagesordnungspunkt 12 „Diskussion zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplanes der Gemeinde Kleinmachnow“, dann den TOP 13 „„Gemeinsame Organisationsform des Bauhofes der Gemeinde Kleinmachnow für die Kommunen Kleinmachnow und Teltow“ und dann den Tagesordnungspunkt 11 „Eckwerte für den Haushalt 2014 der Gemeinde Kleinmachnow“ zu behandeln.

Der Grund dafür ist, dass für den TOP „Eckwerte“ für einen kurzen Augenblick die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss.

Herr von Wnuk-Lipinski bittet darum, keine Namen zu nennen und damit könnte dieser TOP öffentlich bleiben.

Herr Warnick teilt mit, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht geht. Es muss für einen Augenblick die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden.

Herr Warnick informiert weiterhin, dass es zwei Beschlussvorlagen gibt, die nicht auf der Tagesordnung des heutigen Finanzausschusses stehen. Aus seiner Sicht müssten diese aber im Finanzausschuss behandelt werden. Wie soll damit umgegangen werden?

Herr Templin vertritt die Meinung, wenn die finanzielle Auswirkung „Ja“ lautet, gehören Beschlussvorlagen immer in den Finanzausschuss.

Die Verfahrensweise, dass solche Drucksachen nachträglich auf die Tagesordnung eines Ausschusses gesetzt werden, ist zwar für den Ausschuss in Ordnung, jedoch nicht für die Öffentlichkeit.

Herr Warnick merkt an, wenn im Nachhinein festgestellt wird, dass Beschlussvorlagen nicht auf der Tagesordnung zur Behandlung stehen, kann eine Änderung der Tagesordnung nicht mehr fristgerecht veröffentlicht werden.

Frau Grohs informiert, dass die beiden Beschlussvorlagen nicht auf der Tagesordnung des Finanzausschusses stehen, ist ein Versehen der Verwaltung. Sie bedauert dies und wird darauf hinwirken, dass der Bereich Finanzen zukünftig noch besser informiert wird.

Herr Tauscher merkt an, dass ein Beschluss unwirksam werden könnte, wenn eine Tagesordnung kurzfristig geändert wird und die Öffentlichkeit nicht informiert ist. Sollte es doch erforderlich sein, dass ein Beschluss zwingend behandelt werden muss, kann er aus seiner Sicht in der Sitzung behandelt werden, jedoch ohne Abstimmung. Im Ergebnis der Diskussion wird festgestellt, dass die Drucksachen zum Straßenbau Dreilinden und Meiereifeld unter TOP 6 sowie TOP 13 zur Beratung stehen.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 30. Mai 2013 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

Die neue Reihenfolge der Tagesordnung lautet:

TOP11 Diskussion zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplanes der Gemeinde Kleinmachnow

TOP12 Gemeinsame Organisationsform des Bauhofes der Gemeinde Kleinmachnow für die Kommunen Kleinmachnow und Teltow

TOP13 Eckwerte für den Haushalt 2014 der Gemeinde Kleinmachnow

|              |   |
|--------------|---|
| <b>TOP 3</b> | <b>Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 18. April 2013</b> |
|--------------|---|

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18. April 2013 wird festgestellt.

**TOP 4 Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 18. April 2013**

|                   | <b>aus dem Protokoll Nr. 35</b>  |   |
|-------------------|--|---|
| <b>F 81/35.12</b> | Die Verwaltung möge eine Aufstellung der Investitionen (Bau und Ausstattung) für die drei Grundschulen und den KITA's in den letzten 8 Jahren erarbeiten und was in den nächsten 5 Jahren noch zu erwarten ist.  | <b>Termin: September 2013<br/>Frau Konrad</b>                             |
|                   | <b>aus dem Protokoll Nr. 38</b>  |   |
| <b>F 88/38.13</b> | Die Verwaltung möge die im Kulturausschuss verteilte Kostenaufstellung für die 3. Grundschule auch an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilen. Des Weiteren möge auch der Passus (dass der Wert bei Auszug zu ermitteln sei) aus dem Mietvertrag verteilt werden. | Termin: mit Versendung des Protokolls<br>Frau Kroschke<br><b>erledigt</b> |

**TOP 5 Errichtungsbeschluss Straßenbau "Erlenweg"**

**DS-Nr. 155/12/1**

**Beschlussvorschlag:**

Die Straße Erlenweg zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg soll erstmalig hergestellt werden. Das Bauprogramm umfasst folgende Parameter:

1. Fahrbahn
  - 1 a. Abschnitt zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße
    - Befestigung mit Asphalt,
    - Breite 5,00 m.
  - 1 b. Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße
    - Befestigung mit Granitkleinsteinpflaster,
    - Breite 5,00 m,
    - Reduzierung der vorhandenen Fahrbahnfläche im Bereich Einmündung Käthe-Kollwitz-Straße/Erlenweg auf das in der Anlage dargestellte Maß.
2. Gehweg
  - Breite 1,20 m in Granitmosaikpflaster, eingefasst mit Tiefborden,
  - zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße einseitig,
  - auf der nordwestlichen Seite im Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße beidseitig.
3. Grundstückszufahrten
  - Herstellung in Granitkleinsteinpflaster – vollgebundene Bauweise
4. Straßenbeleuchtung
  - einseitig, Bauart gleich wie Heinrich-Mann-Straße, Typ ARC 80

5. Verlängerung der vorhandenen Regenwasserentwässerung um eine Haltung in Richtung Heinrich-Mann-Straße
6. Baumpflanzung zur Herstellung einer geschlossenen Allee, mit Ausnahme nordwestlicher Gehwegbereich zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die Drucksache wurde im Bauausschuss mit einer Maßgabe wie folgt abgestimmt:

Maßgabe 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

Drucksache mit der Maßgabe 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

Herr Harmsen möchte gern wissen, welche kostentechnische Auswirkung dies zur Folge haben wird.

Frau Grohs informiert, dass eine Kostengegenüberstellung (siehe Anlage 3) der Drucksache beigefügt ist.

Herr Templin merkt an, dass sich ihm der Sinn der im Bauausschuss formulierten Maßgabe nicht erschließt.

Herr von Wnuk-Lipinski unterstützt die vom Bauausschuss vorgeschlagene Variante, statt Asphalt Granitkleinsteinpflaster zu verwenden, nicht.

Herr Tauscher informiert, dass vor kurzem der Tag der Behinderten war. Dort wurde geschildert, wie schwer es Rollstuhlfahrer im Ort haben, auch aufgrund der Straßenbeläge. Er wird die Variante Granitkleinsteinpflaster ablehnen und der Variante Asphalt zustimmen.

Herr Harmsen möchte gern wissen, ob der Kämmerin weitere Absprachen, wie sie mit dem Augustinum seinerzeit getroffen wurden, bekannt sind.

Frau Grohs teilt mit, dass ihr zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu nichts bekannt ist.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 155/12/1 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 155/12/1 erfolgt mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

**TOP 6**

**Straßenunterhaltungsmaßnahme für die Straßen Tannengrund, Rehwinkel und Römerbrücke**

**DS-Nr. 053/13**

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung, die von der Bürgerinitiative Dreilinden vorgeschlagene Straßenunterhaltungsmaßnahme für die Straßen Tannengrund, Rehwinkel und Römerbrücke zu prüfen und nach Möglichkeit zeitnah zu realisieren und durchzuführen.

Der Antragseinreicher, die Fraktion B 90/Grüne, gibt keine weiteren Erläuterungen dazu.

Frau Grohs berichtet, dass der Bauausschuss auf seiner Sitzung diesen Antrag für seine nächste Sitzung zurückgestellt hat, weil der Antragseinreicher nicht anwesend war. Daher wäre es auch empfehlenswert, diesen Antrag auf die nächste Sitzung des Finanzausschusses zu verschieben.

Herr Tauscher sieht keinen Sinn darin, diesen Antrag weiter zu verschieben, da der Antrag technisch nicht untersetzt ist und die Verwaltung einen Grundsatzbeschluss dazu eingebracht hat.

Herr von Wnuk-Lipinski informiert, dass er heute als Gemeindevertreter von der Bürgerinitiative Dreilinden angeschrieben wurde. Darin sind vier Sachverhalte aufgeführt, über die auf jeden Fall im Finanzausschuss diskutiert werden sollte, weil sie aus seiner Sicht von Bedeutung sind. Er fragt die Kämmerin, ob sie dieses Schreiben kennt. Dies verneint Frau Grohs.

Herr Templin teilt mit, dass er dieses Schreiben ebenfalls erhalten hat. Der Inhalt des Schreibens bezieht sich auf den Grundsatzbeschluss, der hier leider nicht vorliegt.

Er bittet aber die Verwaltung, bis zum Hauptausschuss die Errechnung der Gesamtkosten von 430.000,00 € aufzuschlüsseln. (Was auf die Gemeinde und was auf die Anlieger fällt.) Weiterführend soll der sich daraus ergebende Anliegeranteil auf die voraussichtlichen Kosten des einzelnen Anliegers untersetzt werden. Hier stehen, laut Herrn Templin, Kosten von 4.500,00 €/1000 m<sup>2</sup> für die Straße „Tannengrund“ und 5.800,00 €/1000 m<sup>2</sup> für die Straßen „Rehwinkel“ und „Römerbrücke“ im Raum.

Des Weiteren bittet er den Antragseinreicher darum, seinen Antrag bis zur Sitzung der Gemeindevertretung aufrecht zu halten.

Herr von Wnuk-Lipinski versteht die jetzige Vorgehensweise nicht. Die Verwaltung hat vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben. Jetzt wird aber doch darüber diskutiert.

Herr Warnick merkt an, dass die Verwaltung den Antrag nicht zurückziehen kann, da sie nicht der Einreicher ist. Der Antragseinreicher, die Fraktion B 90, Grüne, muss sich dazu äußern.

Frau Schwarzkopf teilt mit, bevor sie eventuell den Antrag zurückzieht, bittet sie um Rederecht der anwesenden Vertreter der Bürgerinitiative.

Herr Warnick führt dazu aus, dass Frau Erler vor Beginn der Finanzausschusssitzung bei ihm war und ihr beantragtes Rederecht zurückgezogen hat.

Er stellt jedoch den Antrag von Frau Schwarzkopf, die Bürgerinitiative reden zu lassen, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 5 Ja-Stimmen.

Frau Diana Erler bedankt sich für das Rederecht und teilt mit, dass sie eine Bürgerinitiative für die Straßenbaumaßnahme Tannengrund, Rehwinkel und Römerbrücke gegründet haben. Es ist nicht Ziel der Initiative die Straßenbaumaßnahme zu verhindern, sondern bestimmte Sachverhalte, die noch zu klären sind, aufzubereiten.

Es stehen, laut Frau Erler, inzwischen zwei Zahlen im Raum, die geklärt werden müssen. Zum Einen die Summe von 430.000,00 € und zum Anderen 280.000,00 €.

Weiterhin geht es um Eigentumsverhältnisse an Straßen, die noch immer nicht geklärt sind. Dazu wird sich die Bürgerinitiative rechtlichen Beistand holen.

Viele Fragen müssen noch geklärt werden, z. B.

- Wie werden die betroffenen Bürger entschädigt?
- Wie viel Euro muss die Berliner Forsten tragen?

Es sollen Straßen gebaut werden, ohne Klärung der Verhältnisse.

Abschließend erläutert Frau Erler, dass sich die Straßen in einem katastrophalen Zustand befinden, trotz der letzten „Schiebeaktion“ des Bauhofes.

Sie bedankt sich für das Rederecht.

Laut Herrn Warnick gibt es nun drei verschiedene Möglichkeiten, wie mit dem Antrag umgegangen wird.

- 1.) Der Antragseinreicher zieht zurück,
- 2.) der Antrag wird zur Beratung in den nächsten Ausschuss verschoben oder
- 3.) der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Er bittet nochmals darum, dass sich der Antragseinreicher äußert.

Frau Schwarzkopf zieht den Antrag DS-Nr.: 053/13 zurück.

Herr Tauscher gibt zu Protokoll:

*Ich finde es gut, wenn diese Entscheidung jetzt hier von Frau Schwarzkopf so gesagt wurde. Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass die Verwaltung alles tut, um die angesprochenen Fragen zu klären. Auf fremden Grund kann keine Straße gebaut werden. Ich habe vorausgesetzt, dass das natürlich auch gesichert ist. Es gab mal ein Problem mit der Straße Am Fenn. Da war man auch der Meinung, dass dies die erste Errichtung dieser Straße ist. Bis man dann in Archiven Belege gefunden hat, das hier schon einmal eine Straße war, bloß völlig zerfahren und deshalb der Zustand der Straße nicht mehr richtig erkennbar war. Wenn es also Belege dazu geben sollte, es gab ja eine ziemlich stürmische Vergangenheit in diesem Wohnteil von Kleinmachnow, in Dreilinden, dann muss das abgeklärt sein. Das heißt, wir müssen positiv eine Aussage haben, dass es rechtlich sauber ist und nicht anders.*

|              |   |                      |
|--------------|---|----------------------|
| <b>TOP 7</b> | <b>Errichtungsbeschluss gemäß § 16 Abs. 2 KomHKV zur Sanierung des Schulhofes der Maxim-Gorki-Gesamtschule Kleinmachnow</b> | <b>DS-Nr. 042/13</b> |
|--------------|---|----------------------|

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Sanierung des Schulhofes der Maxim-Gorki-Gesamtschule wird entsprechend der in der Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Entwurfsplanung im Jahr 2014 durchgeführt.
2. Die erforderlichen finanziellen Mittel für den Bau der Außenanlagen in Höhe von 360.000,00 € werden im Haushalt 2014 bereitgestellt.
3. Zusätzliche Mittel für den Ersatz der Fahrradüberdachung in Höhe von 95.000,00 € werden im Haushalt 2014 **nicht** bereitgestellt, können später separat beschlossen werden.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.  
Des Weiteren verliest sie die Maßgaben aus dem Bauausschuss und dem Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales.

Die Ergebnisse der Abstimmung in den beiden Fachausschüssen ist wie folgt:

Bauausschuss

Maßgabe 5 Ja-Stimmen – einstimmig  
Drucksache mit der Maßgabe 5 Ja-Stimmen - einstimmig

Kulturausschuss

Maßgabe 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen – einstimmig  
Drucksache mit der Maßgabe 4 Ja-Stimmen – einstimmig

Frau Grohs merkt noch an, dass die Fahrradüberdachung in der Schulkonferenz intensiv diskutiert wurde.

Herr Templin informiert, dass er die textgleiche Maßgabe aus dem Kulturausschuss hier im Finanzausschuss zur Abstimmung stellen wird. Weiterhin informiert er, dass das Dach der derzeitigen Fahrradüberdachung aus Asbest ist. Er appelliert daran, die günstigste Fahrradständervariante zu wählen.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt nach, ob die finanziellen Mittel von 95.000,00 € in der Rücklage vorhanden sind oder die Kosten durch Kredite finanziert werden müssen.

Frau Grohs informiert dazu, dass im Eckwertepapier derzeit diese Positionen mit der Priorität 4 enthalten sind. Das heißt, es bedarf noch der Beschlussfassung. Wenn eine

Beschlussfassung erfolgt ist, müssen sie in den Haushalt eingestellt werden. Mit der Errichtung der 3. Grundschule ist eine Kreditierung erforderlich. Jede zusätzliche Maßnahme führt zu einer höheren Kreditaufnahme.

Herr von Wnuk-Lipinski wünscht sich Maßnahmen zu strecken, solange die Gemeinde im Gesamthaushalt auf eine Kreditierung hinausläuft. Die Überdachung der Fahrradständer könne durchaus auch auf die Jahre 2015, 2016 verschoben werden. Frau Schwarzkopf unterstützt das Fahren mit dem Fahrrad zur Schule. Sie spricht sich aber auch dafür aus, dass diese Maßnahme zeitlich gestreckt werden sollte.

Herr Harmsen hat den Eindruck, dass hier die Prioritäten vertauscht werden. Im Vordergrund steht offensichtlich die „Schönheit“ und nicht was im Beschluss stand. Zu klären ist aus Sicht von Herrn Harmsen, wie viel Fahrradständer geplant sind und wie viel tatsächlich benötigt werden.

Herr Tauscher schließt sich den Worten von Herrn Harmsen an. Auch er sieht die Prioritäten hier vertauscht. Er wird diese Drucksache ablehnen.

Auch Herr Warnick sieht dies so. Er ist der Meinung, dass sich die Gemeinde in einer finanziellen Notlage, aufgrund des geplanten Schulneubaus, befindet. Jede weitere zusätzliche Maßnahme erhöht die Verbindlichkeiten der Gemeinde.

Frau Schwarzkopf macht deutlich, dass ihre Fraktion die Fahrradständer mit der Überdachung wollen, jedoch keinen luxussanierten Schulhof.

Herr Templin formuliert die Maßgabe:

*Der Finanzausschuss empfiehlt, im Beschlussvorschlag den Punkt 3 wie folgt zu ändern:*

*„Zusätzliche Mittel für den Ersatz der Fahrradüberdachung werden im Haushalt 2014 bereitgestellt.“*

Herr Warnick stellt die von Herrn Templin formulierte Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 1 Ja-Stimme und 4 Nein-Stimmen. Somit ist diese Maßgabe abgelehnt.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 042/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 042/13 erfolgt mit 1 Ja-Stimme und 4 Nein-Stimmen.

**TOP 8**

**Installation einer einheitlichen Brandmelde- und Alarmierungsanlage in der Eigenherd-Schule Kleinmachnow nebst Sporthalle und angeschlossenen Hort**

**DS-Nr. 047/13**

**Beschlussvorschlag:**

1. An der Eigenherd-Schule wird eine einheitliche Brandmelde- und Alarmierungsanlage für das Schulgebäude und seine Erweiterungsbauten einschließlich Hort und Sporthalle installiert.
2. Hierfür werden im Haushalt 2014 Mittel in Höhe von 115.000,00 € bereitgestellt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

- Herr Baumgraß nimmt ab 19:40 Uhr an dieser Sitzung teil. Somit sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Frau Schwarzkopf äußert, dass die jetzige Brandmeldeanlage den gesetzlichen Vorschriften entspricht. In der Steinweg-Schule gab es die Situation, dass dort eine Brandmeldeanlage vorhanden war, die nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Für sie erweckt es den Eindruck, dass es wieder darum geht, was die eine Schule hat, will auch die andere.

Aus ihrer Sicht ist die Erneuerung der Brandmeldeanlage in der Eigenherd-Schule nicht zwingend notwendig.

Herr Dr. Buchelt informiert, dass er an Herrn Grubert ein Schreiben gesandt hat mit folgenden Fragen/Anmerkungen:

- 1.) Die Prüffähigkeit durch Prüfsachverständige ist nicht gegeben. Kann der Schulbetrieb am morgigen Tag wieder aufgenommen werden, wenn die Prüffähigkeit der Brandmeldeanlage nicht gegeben ist? Sind Kosten dafür eingestellt, dass morgen Brandwächter aufgestellt werden um den Schulbetrieb durchzuführen?
- 2.) Wer hat diese Anlage abgenommen? Ist ein entsprechender Schadensersatz gegenüber demjenigen, der die Anlage abgenommen hat, durch die Verwaltung geprüft und geltend gemacht worden?
- 3.) Ist seitens der Verwaltung geprüft worden, ob ein Planungsfehler vorliegt? Welche Maßnahmen sind ergriffen worden um denjenigen, der den Planungsfehler verursacht hat, zur Kasse zu bitten bzw. zur Mängelbeseitigung aufzufordern. (Die vorhandenen Anlagen passen nicht zusammen.)
- 4.) Es wurde bereits seitens der Verwaltung ein Ingenieurbüro beauftragt. Dieses hat schon eine Kostenvorplanung durchgeführt. Ist es richtig, dass dieses Ingenieurbüro nicht identisch mit dem Planungsbüro ist, welches die Altanlage geplant hat? Ein Ingenieurbüro ist verpflichtet, den Bauherrn zu beraten. Es läuft noch die Gewährleistungsphase.
- 5.) Herr Dr. Buchelt zitiert (Seite 6 von 6): „Zusätzlich müssen fehlende automatische Melder gemäß Vorgaben der Baugenehmigung nachgerüstet ...“  
Dies kann nicht sein. Es gibt eine Baugenehmigung und eine Bauabnahme.
- 6.) Ist ein Amokalarm vorgesehen?

Frau Grohs merkt an, dass dies alles fachinhaltliche Fragen/Anmerkungen sind, und diese können von ihr an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Des Weiteren liest sie in diesem Zusammenhang die E-Mail Antwort von Frau Konrad an Herrn Dr. Buchelt vom 29. Mai 2013; 16:25 vor:

*„Ich kann Ihnen mitteilen, dass die in der Baugenehmigung geforderten Rauchdetektoren zwischenzeitlich nachgerüstet worden sind und der ordnungsgemäße Betrieb der Sporthalle gesichert ist. Im Zuge der Installation der einheitlichen Brandmelde- und Alarmierungsanlage (DS-Nr. 047/13) sind diese als vernetzte Melder mit Aufschaltung auf die BMA vorgesehen.“*

Zur ersten Frage teilt die Kämmerin mit, dass keine Mittel im Haushalt 2013 für eine neue Brandmeldeanlage in der Eigenherd-Schule eingestellt sind.

Herr Warnick schlägt vor, dass der Finanzausschuss eine Maßgabe formuliert, dass sich der Bauausschuss mit dieser Drucksache beschäftigen und eine Entscheidung herbeiführen möge.

Herr Tauscher sieht dies ebenso. Die Drucksache sollte zur Beratung in den Bauausschuss gegeben werden, unter der Berücksichtigung der hier gestellten Fragen.

Herr Templin vertritt die Meinung, dass es wichtig gewesen wäre, die hier vorgetragenen Fragen bereits im Kulturausschuss zu stellen.

Herr Baumgraß gibt zu Protokoll:

*Ich denke, wir sollten, Herr Dr. Buchelt hat es hier eindeutig gesagt, die Drucksache zurückgeben an die Verwaltung und nicht nur in den Bauausschuss, sondern auch Fachleute wie Feuerwehr und Polizei sollten einbezogen werden.*

- Herr Templin verlässt um 19:55 Uhr diese Sitzung.  
Somit sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Warnick formuliert die Maßgabe:

*Der Finanzausschuss empfiehlt, diese Drucksache in den Bauausschuss zur Beratung zu verweisen, um dort zu klären, ob eine dringende brandschutztechnische Notwendigkeit für die Installation zum jetzigen Zeitpunkt besteht.*

Frau Grohs merkt an dieser Stelle an, dass diese Drucksache für die Tagesordnung des Hauptausschusses am 10. Juni 2013 vorgesehen ist und die Verwaltung wird bemüht sein, diese Fragen bis dahin zu beantworten.

Herr von Wnuk-Lipinski stellt nochmals fest, dass die Eigenherd-Schule eine Betriebs-erlaubnis und eine Bauabnahme hat. Ist eine zwingende Erneuerung der Brandmel-deanlage erforderlich?

Herr Harmsen schlägt der Kämmerin vor, diese Drucksache nicht auf die Tagesord-nung des Hauptausschusses zu setzen. Erst müssten die Fragen beantwortet werden. Frau Grohs informiert dazu, dass der Bürgermeister die Tagesordnung aufstellt.

Herr Warnick stellt die von ihm formulierte Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt einstimmig mit 5 Ja-Stimmen.

Die Drucksache DS-Nr.: 047/13 wurde vom Finanzausschuss nicht abgestimmt.

**TOP 9**

**Zuwendung an die Hoffbauer gGmbH zum Erwerb von Ausstat-  
tungsgegenständen für die Sporthalle auf dem Evangelischen  
Schulcampus**

**DS-Nr. 051/13**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Hoffbauer gGmbH eine laufende Zuwendung als Festbetragsfinanzierung in Höhe von

**50.000,- €**

zum Erwerb von Ausstattungsgegenständen für die Sporthalle auf dem Evangelischen Schulcampus am Schwarzen Weg, 14532 Kleinmachnow, zu gewähren.

2. Die Mittel werden im Haushalt 2014 zur Verfügung gestellt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Kulturausschuss hat diese Drucksache mit Stimmengleichheit, 2 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, abgelehnt.

Frau Schwarzkopf informiert, dass sie der Drucksache im Kulturausschuss nicht zuge-stimmt hat. Sie ist aber nicht gegen diese Schule. Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde, sollten wir diesen Zuschuss nicht finanzieren.

Laut Herrn von Wnuk-Lipinski hat diese Schule einen überregionalen Einzug und daher sollten sich auch andere Träger finanziell beteiligen. Für ihn hat es hier den Anschein, dass nun nachträglich versucht wird, die Fördersumme hochzusetzen. Er spricht sich gegen diese Drucksache aus.

Herr Baumgraß spricht sich für diese Beschlussvorlage aus. Für ihn ist es eine Zuwen-dung mit konkretem Grund. Mit diesem Geld sollen Sportgeräte finanziert werden. Er

erinnert daran, dass auch Vereine diese Sporthalle nutzen wollen.

Herr Warnick schließt sich den Worten von Frau Schwarzkopf und Herrn von Wnuk-Lipinski an. Aufgrund der finanziellen Lage sollten wir keinen Zuschuss geben.

Herr Baumgraß macht deutlich, dass nun das große Flattern kommt. Der Neubau der 3. Grundschule ist eine politische Willensbekundung. Die dadurch entstehende finanzielle Situation ist selbst verschuldet.

Herr Tauscher teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung der Drucksache enthalten wird.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 051/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 051/13 erfolgt mit 1 Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

|               |   |                      |
|---------------|---|----------------------|
| <b>TOP 10</b> | <b>Vorbereitungsbeschluss für die Errichtung einer PV-Anlage auf dem Dach des Rathauses der Gemeinde Kleinmachnow</b> | <b>DS-Nr. 022/13</b> |
|---------------|---|----------------------|

**Beschlussvorschlag:**

1. Auf dem Dach des Rathauses ist entsprechend Punkt 3 des durch die Gemeindevertretung am 18.11.2010 (DS-Nr. 132/10/2) beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogrammes beabsichtigt eine Photovoltaikanlage zu errichten, die durch die Gemeinde Kleinmachnow betrieben werden soll.
2. Mit der Fachplanung der Leistungsphasen 2 und 3 wird das Büro Kolb Ripke Architekten beauftragt.
3. Für die Beauftragung der Fachplanung bis zur Leistungsphase 3 ist eine überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 11.600,00 € bereitzustellen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Sie informiert darüber, dass diese Beschlussvorlage im Bauausschuss und im Umweltausschuss nur zur Kenntnis genommen wurde. Diese Verfahrensweise schlägt sie auch für den Finanzausschuss vor. Die Verwaltung wird die noch erforderliche Prüfung vornehmen. Wenn die Prüfunterlagen vorliegen, wird die Verwaltung eine neue Drucksache dazu einbringen. Trotzdem wünscht die Verwaltung eine Aussage der Ausschussmitglieder, wie sie zu einer Errichtung auf dem Dach des Rathauses stehen.

Herr Warnick stellt formell fest, dass diese Drucksache von der Verwaltung zurückgestellt wird und keine Abstimmung in diesem Ausschuss erfolgt.

Herr Tauscher macht deutlich, dass eine qualifizierte Prüfung der Dachstatik zwingend erforderlich ist. Des Weiteren wünscht er Klarheit bei den Beschlussarten. Der hier vorliegende Beschluss ist ein „Vorbereitungsbeschluss“. Diese Beschlussart gab es bislang noch nicht.

Auch für Herrn Baumgraß ist die Prüfung der Statik unumgänglich.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt nach, ob das Dach vom Rathaus Mängel aufweist. Dies wurde von Frau Grohs verneint.

Frau Schwarzkopf informiert, dass bei der Aufbringung einer Solaranlage nicht zwingend in die Dachhaut eingegriffen werden muss. Es ist heute schon möglich, dass die Zuleitungen außerhalb des Gebäudes langführen. Aus ihrer Sicht ist diese Vorlage sehr schlecht vorbereitet.

Herr Harmsen fragt nach, ob durch diese Anlage auch die Kühlung des Rathauses erfolgen soll. Dies wurde verneint. Des Weiteren wünscht er, dass eine Kosten-Nutzen

Rechnung durchgeführt wird sowie die Kosten für eine spätere Entsorgung genannt werden sollen.

Frau Grohs merkt an, dass an dieser Stelle eher das Votum des Finanzausschusses gehört werden sollte, wie dieser einer PV-Anlage auf dem Dach des Rathauses gegenübersteht.

Eine Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 022/13 erfolgt nicht, da die Verwaltung diese Drucksache zurückstellt.

|               |   |
|---------------|---|
| <b>TOP 11</b> | <b>Diskussion zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplanes der Gemeinde Kleinmachnow</b> |
|---------------|---|

Herr Warnick informiert vorab, dass es zu diesem Thema am 02. Mai 2013 bereits eine Veranstaltung gab. Leider waren von Seiten der Gemeindevertretung nur 3 Personen, nämlich Herr Tauscher, Herr Kleemann und er selbst, anwesend.

Herr von Wnuk-Lipinski äußert sich dazu und teilt mit, dass der Bürgermeister zu dieser Veranstaltung nur die Fraktionsvorsitzenden eingeladen hat. Erst auf massives Drängen des Finanzausschusses wurde auch dieser eingeladen. Daher brauchen sich der Bürgermeister und die Verwaltung nicht wundern, wenn die Teilnehmerzahl sehr gering ist.

Frau Grohs stellt die Präsentation zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplanes vor. Sie erwähnt an dieser Stelle, dass dies kein starres Konstrukt ist, sondern ein lebendiges Papier. Gern können alle Gemeindevertreter und sachkundige Einwohner jederzeit Vorschläge, Anmerkungen oder auch Anregungen geben.

Herr Baumgraß äußert sich lobend über diesen Vorschlag zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltes. Aus seiner Sicht ist dies eine sehr gute Idee. Er möchte gern wissen, ob dies die Idee der Verwaltung war und ob dies technisch umsetzbar ist bzw. muss die verbesserte Darstellung händisch umgesetzt werden.

Frau Grohs führt dazu aus, dass die Idee teilweise von der Verwaltung kam, aber auch durch Herrn Warnick, in Bezug auf den dargestellten Haushalt des Landkreises. Die Umsetzung wird derzeit händisch erfolgen. Die Kämmerin hofft aber, dass es dazu auch mal eine technische Lösung geben wird.

Frau Schwarzkopf nennt einen Verbesserungsvorschlag. Sie wünscht sich, dass der Gemeinde Kleinmachnow eine vergleichbare Kommune gegenübergestellt wird. Somit wäre ein Vergleich vorhanden.

Frau Grohs merkt dazu an, dass die Idee zwar gut ist, jedoch schwer umsetzbar. Es stellt sich die Frage, was ist eine ideale Kommune. Nicht alle Kommunen haben die gleiche Verwaltungsstruktur. Es ist dann auch u. a. abhängig von der Einwohnerzahl, gibt es Eigenbetriebe usw..

Laut Frau Schwarzkopf sollten Zielvorgaben mit anderen Kommunen verglichen werden.

Frau Grohs informiert, dass gerade verwaltungsintern „Kennzahlen“ beraten werden.

Herr Tauscher hält die Darstellung der Kämmerin für eine deutliche Erleichterung der Lesbarkeit des Haushaltes. Dafür spricht er der Kämmerin seinen Dank aus. Er begrüßt dies ausdrücklich.

Dem schließt sich Herr Jerzembek an. Die Kommune ist ein Dienstleistungsunternehmen. Er möchte dringend davor warnen, sich mit anderen Kommunen zu vergleichen.

Auch Herr Harmsen findet die vorgestellte Idee gut. Es bleibt aus seiner Sicht abzuwarten, ob die Umsetzung dann auch so gelingt. Er hat jedoch erwartet, dass heute der erste Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2014 vorgelegt wird.

An dieser Stelle fragt Herr Harmsen nach dem Quartalsbericht.

Frau Grohs informiert, dass es auch in diesem Jahr wieder einen Quartalsbericht zum 30.06.2013 geben wird. Ziel ist es, diesen nach der Sommerpause vorzulegen. Dazu merkt Herr Harmsen an, dass im letzten Jahr aus Kapazitätsgründen der Quartalsbericht erst im 2. Halbjahr vorgelegt wurde. Es gab aber keine Festlegung, dass nun der Quartalsbericht immer erst im 2. Halbjahr vorgelegt wird.

Frau Grohs merkt abschließend an, dass die von ihr vorgestellte Präsentation als Anlage zum Protokoll gegeben wird.

**TOP 12**

**Gemeinsame Organisationsform des Bauhofes der Gemeinde Kleinmachnow für die Kommunen Kleinmachnow und Teltow**

**INFO 011/13**

Erläuterungsbedarf seitens der Verwaltung besteht nicht. Laut Frau Grohs ist diese Informationsvorlage sehr ausführlich geschildert. Sollte es Nachfragen der Ausschussmitglieder geben, wird die Kämmerin darauf eingehen.

Herr Tauscher bedauert es sehr, dass Herr Piecha nicht anwesend ist.

Er ist mit der vorgelegten Info eher unzufrieden. Aus seiner Sicht fehlt eine Aufstellung der Vor- und Nachteile.

Des Weiteren merkt Herr Tauscher an, wenn einem Zweckverband Aufgaben übertragen werden, können diese nicht mehr rückgängig gemacht werden. Laut Aussage von Herrn Piecha im gestrigen Umweltausschuss, ist dies wohl nicht der Fall. Dies sollte nochmals geprüft werden.

Abschließend macht Herr Tauscher darauf aufmerksam, dass in der Info-Vorlage, auf der Seite 6 das Datum falsch ist. Dort steht geschrieben: Kleinmachnow, 17.05.2012.

Herr Harmsen möchte gern wissen, welche Risiken Kleinmachnow mit einer gemeinsamen Organisationsform des Bauhofes eingehen würde.

Frau Grohs macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um eine Informationsvorlage und nicht um einen Beschluss handelt.

Für Herrn Warnick kommt nur die Form „Zweckverband“ in Frage. Jedoch sieht er dabei das Problem, wenn in einem Zweckverband nicht Gemeindevertreter vertreten sind, werden eventuell Entscheidungen getroffen, die für die Gemeinde nicht gut sind. Aus seiner Sicht muss dafür eine Lösung gefunden werden, dass die Handlungshoheit bei den Gemeindevertretern bleibt.

Dazu merkt Herr Baumgraß an, dass ein Zweckverband wie ein eigenständiger Betrieb zu sehen ist. Da kann keiner reinreden. Die hier vorgelegte Vorlage ist für ihn nun der erste Schritt. Wie steht die Stadt Teltow zu dieser Vorlage?

Für Herrn Tauscher ist dies keine verhandlungswürdige Vorlage.

Frau Schwarzkopf berichtet, dass sie Herrn Albers in einer KAT-Sitzung angesprochen hat und er sich dahingehend geäußert hat, dass er es nicht ausschließt, sich doch an einer gemeinsamen Organisationsform des Bauhofes zu beteiligen.

Dazu merkt Frau Grohs an, dass der Beschluss 076/11 lautete, eine gemeinsame Organisationsform des Bauhofes für die Kommunen Teltow und Kleinmachnow zu erarbeiten. Mit dieser Informationsvorlage wurde dieser Beschluss umgesetzt und erfüllt.

Es ist grundsätzlich möglich, die Gemeinde Stahnsdorf mit ins Boot zu nehmen.

**TOP 13      Eckwerte für den Haushalt 2014 der Gemeinde Kleinmachnow**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushalt 2014 soll unter Beachtung dieser Eckwerte aufgestellt werden.

Frau Grohs informiert über die Abstimmungsergebnisse aus den anderen Fachausschüssen.

|                 |  |
|-----------------|--|
| Bauausschuss    | 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen               |
| Umweltausschuss | 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme               |
| Kulturausschuss | 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mit Maßgaben |
| Maßgabe 1       | 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen              |
| Maßgabe 2       | 1 Ja-Stimme und 3 Nein-Stimmen               |
| Maßgabe 3       | 2 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen              |
| Maßgabe 4       | 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen              |
| Maßgabe 5       | 4 Ja-Stimmen                                 |

Herr Jerzembek macht aus seiner Sicht deutlich, dass über die vorgelegte Drucksache abgestimmt werden muss.

Auch Herr Tauscher ist der Meinung, dass über die Drucksache abgestimmt werden muss. Er hat jedoch eine redaktionelle Änderung. Aus seiner Sicht sollte der Beschlussvorschlag anders formuliert werden. Sein Vorschlag lautet:

„Der Haushalt 2014 soll unter Beachtung der Eckwerte für den Ergebnisplan gemäß Anlage 1, dem Finanzplan gemäß Anlage 2 und der Prognose der Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen gemäß Anlage 3, aufgestellt werden.“

Herr Harmsen sieht dies nicht so. Aus seiner Sicht sollte der Eckwertebeschluss nur zur Kenntnis genommen werden und nicht abgestimmt werden.

Herr von Wnuk-Lipinski bezieht sich nochmals auf die Einsparungen im Personalbereich. Ziel der Verwaltung sollte es sein, mindestens 1 % der Personalkosten einschließlich der tariflichen Steigerungen, einzusparen.

Frau Grohs macht deutlich, dass es Arbeitsverträge gibt, die eingehalten werden müssen. Sie spricht sich gegen die generelle Pauschalisierung und gegen die vorgeschlagene 1 % Regelung aus.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte gern wissen, wie viel Arbeitsverträge, beispielsweise aufgrund des Renteneintrittsalters, im Jahr 2014 auslaufen.

Können dann die Arbeitsaufgaben anderweitig verteilt werden?

Weiterhin äußert sich Herr von Wnuk-Lipinski kritisch zu den Hard- und Softwarekosten. Er hat bereits im letzten Jahr angemerkt, dass neben Microsoft auch eine günstigere Variante gewählt werden sollte. Ein weiterer Vorschlag wäre auch, den Austausch von Geräten zukünftig zu strecken.

Herr Baumgraß stellt den Antrag auf Ende der Rednerliste.

Herr Harmsen hat noch Redebedarf, weil er Anmerkungen zu den Eckwerten hat.

Frau Grohs bittet Herrn Harmsen darum, seine Anmerkungen an die Verwaltung zu geben. Herr Harmsen verneint dies, da er mit seinen Anregungen ein Votum der Finanzausschussmitglieder erfragen wollte.

Herr Warnick stellt den Antrag von Herrn Baumgraß zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 057/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 057/13 erfolgt einstimmig mit 5 Ja-Stimmen.

**TOP 14      Anfragen an die Verwaltung**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**TOP 15      Sonstiges**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Kleinmachnow, den 21.06.2013

Klaus-Jürgen Warnick  
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen

Liste der offenen Festlegungen

Anwesenheitsliste

Präsentation zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplanes der Gemeinde Kleinmachnow